

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. November 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	25, 26	Kubatschka, Horst (SPD)	4
Braune, Tilo (SPD)	11, 12	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	1, 5
Bulmahn, Edelgard (SPD)	13, 27	Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	21, 22
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Meckel, Markus (SPD)	20
Erler, Gernot (SPD)	17, 18	Mehl, Ulrike (SPD)	3
Grund, Manfred (CDU/CSU)	2	Odendahl, Doris (SPD)	9, 10
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	30, 31	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	19
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	7, 8	Schwanitz, Rolf (SPD)	6
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	14	Dr. Thalheim, Gerald (SPD)	32, 33
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	28, 29	Wallow, Hans (SPD)	15, 16

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die Ungleichbehandlung von schichtdienstleistenden Soldaten gegenüber schichtdienstleistenden Beamten sowie die Ungleichbehandlung von schichtdienstleistenden Soldaten gegenüber tagesdienstleistenden Soldaten im Hinblick auf den Wegfall des Dienstausgleichs für Dienst an Feiertagen von Soldaten im Schichtdienst durch Streichung der Gewährung eines Tages „Freistellung vom Dienst“ für gesetzliche Wochenfeiertage (BMVg Füh I 5 – Az 19-02-20 vom 29. August 1997; BMVg VR I 3 – Az 19-02-20/04 vom 30. November 1995)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordneter
**Manfred
Grund**
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Statistiken darüber vor, wie viele Selbständige nach ihrem Erwerbsleben Sozialhilfe beziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

3. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)

Wie wirkt die Bundesregierung im Rahmen der vom Land Niedersachsen eingerichteten Arbeitsgruppe darauf hin, daß bei dem zur Sicherung des Wertstandortes Papenburg an der Ems geplanten Sperrwerk bei Gandersum, Landkreis Leer, die Interessen der Anwohner in bezug auf den Natur- und Umweltschutz hinreichend berücksichtigt werden, und in welcher Höhe werden Bundesmittel dafür bereitgestellt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

4. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Erkenntnis, daß sich die Zerstörung der Ozonschicht durch den Einsatz von schwefelarmem Kerosin stark verringern ließe, und beabsichtigt sie, sich bundes- oder EU-weit für die Umstellung auf schwefelarmes Kerosin einzusetzen, zumal die Mineralölindustrie diesen Flugtreibstoff sofort liefern könnte und die Flugpreise nur wenig steigen würden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

5. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Welche Initiativen sieht die Bundesregierung vor, um den deutschen Mittelstand stärker in die Entwicklungsarbeit einzubeziehen, und sind Elemente der Exportförderung von Umwelttechnologien Bestandteil derselben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die zunehmende tiefe Beunruhigung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, insbesondere im ländlichen Raum, zu zerstreuen, die infolge der aktuellen Diskussion über die Revision der Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 aufgetreten sind?*)

*) s. hierzu auch Fragen 30 – 33

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

7. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß alle auf europäischer Ebene z. Z. neugefaßten Normen, deren Anwendung für Betriebe unabdingbar ist, je einzeln für 78 DM bei einem Monopolinhaber in Berlin zu erwerben sind, ohne daß damit auch nur das Recht auf betriebsinterne Kopie verbunden wäre?
8. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für mit unserer Wirtschaftsordnung vereinbar, daß zwingend anzuwendendes Regelwerk, das durch öffentliche Institutionen geschaffen wird, ausschließlich durch Monopol-Inhaber zugänglich gemacht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

9. Abgeordnete
Doris Odendahl
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung jeweils kurzfristig die beiden letzten Sitzungen des Beirats für Ausbildungsförderung abgesagt hat, und was sind im einzelnen die Gründe hierfür?
10. Abgeordnete
Doris Odendahl
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag den nächsten Bericht nach § 35 BAföG vorzulegen, in dem das Ergebnis der alle zwei Jahre vorzunehmenden Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Abs. 2 des Gesetzes unter Berücksichtigung der Entwicklung der Einkommensverhältnisse und der Vermögensbildung, von Veränderungen der Lebenshaltungskosten sowie der finanzwirtschaftlichen Entwicklung darzustellen ist?
11. Abgeordneter
Tilo Braune
(SPD)
- Wann ist mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zu rechnen, die aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie finanziert und von der Hochschul-System GmbH im Sommersemester 1997 mit Hilfe einer repräsentativen Umfrage durchgeführt worden ist?

12. Abgeordneter
Tilo Braune
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bunddskabinett am 11. Juli 1997 festgelegt hat, daß in der laufenden Legislaturperiode keine Leistungsverbesserungen beschlossen werden, und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden?
13. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD)
- Wann wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über ihre Position zur Reform der individuellen Ausbildungsförderung unterrichten, wie dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Unterrichtung über den jeweiligen Fortgang der Beratungen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zugesagt?*)

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

14. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Haben der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, oder ein anderer Vertreter der Bundesregierung im Rat der Europäischen Union oder in einem anderen Gremium jemals darauf hingewirkt oder verlangt, daß im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union die Tschechische Republik verpflichtet wird, noch vor ihrem Beitritt in die Europäische Union den uneingeschränkten Erwerb von Immobilien und Land einschließlich landwirtschaftlicher Flächen in der Tschechischen Republik durch Bürger der Europäischen Union zu ermöglichen?
15. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die geplante Verlegung der Aus- und Fortbildungsstätte (ASF) des Auswärtigen Amts von Bonn nach Berlin (ins Schloß Niederschönhausen) angesichts der Tatsache, daß diese Bundeseinrichtung nicht zu den laut Berlin/Bonn-Gesetz (Drucksache 12/6614) nach Berlin zu verlagernden Einrichtungen des Bundes zählt, und geht die Bundesregierung davon aus, daß zukünftig weitere, nach der erwähnten Gesetzeslage nicht zum Umzug vorgesehene Bundeseinrichtungen per einfacher Weisung durch einen Bundesminister nach Berlin verlagert werden können?

*) s. hierzu auch Frage 27

16. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß für die beabsichtigte Verlagerung der Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes eine Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes notwendig ist, und mit welchem Ansatz sind die Kosten für die geplante Verlagerung im Kostentableau der Bundesregierung für den Bonn-Berlin-Umzug enthalten?
17. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Regierung der Russischen Föderation dabei unterstützen, das jetzt von Staatsduma und Föderationsrat ratifizierte Chemiewaffenübereinkommen in den vorgesehenen Fristen zu implementieren, und welche Unterstützung ist dabei von den anderen Staaten der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zu erwarten?
18. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welches sind nach den jüngsten Ratifizierungen des Chemiewaffenübereinkommens durch Rußland und den Iran aus Sicht der Bundesregierung die wichtigsten noch verbleibenden Staaten, die dem Abkommen angehören sollten, es aber bisher nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert haben, und welche Chance sieht die Bundesregierung, auch diese Staaten in das weltweite Verbot und die weltweite Beseitigung von C-Waffen einzubinden?
19. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es seit Mai 1997 bei der Ausstellung von Visa für die Russische Föderation seitens der russischen Behörden eine sehr restriktive Praxis gegenüber Bundesbürgern gibt – so werden nach Angaben Betroffener private Einladungen für die Erteilung eines Visums nicht mehr anerkannt, und für den Besuch Moskaus ist für jeden Besucher eine Sondergenehmigung erforderlich –, und beabsichtigt die Bundesregierung, sich bei der Russischen Föderation für eine bürgerfreundlichere Regelung bei der Visumserteilung einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

20. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)
- Sind im Fall der Spätaussiedlerin aus der Russischen Föderation, Frau L. H., in deren sowjetischem Inlandspaß seit den stalinistischen Repressalien der 40er Jahre eine andere als die

deutsche Nationalität verzeichnet war, die Voraussetzungen zur Anerkennung als deutsche Volkszugehörige nach § 6 Abs. 2 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) erfüllt, sofern man die Ausnahmeregelung in § 6 Abs. 2 Satz 2 heranzieht?

21. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski**
(CDU/CSU)

Wie viele Ausländer sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten drei Jahren ausgewiesen bzw. abgeschoben worden?

22. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski**
(CDU/CSU)

Wie viele waren davon unter 18 Jahren?

23. Abgeordnete
**Amke
Dietert-Scheuer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche tatsächlichen Veränderungen begründen die Einschätzung in den – über die Verwaltungsgerichtsverfahren in Asylsachen auch der Öffentlichkeit zugänglichen – Lageberichten der Bundesregierung über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage im Irak seit Juni 1997, wonach Verfolgungsmaßnahmen aufgrund bloßer Asylantragstellung nicht als wahrscheinlich erscheinen, während an anderer Stelle der Lageberichte gesagt wird, daß irakische Sicherheits- und Justizorgane bereits das Stellen eines Asylantrags in die Nähe der Straftatbestände „Verbreiten von Falschnachrichten“ im Ausland bzw. Kritik und Beleidigung der Staatsorgane rückten, und ist es zutreffend, daß sich gegenüber den Erkenntnissen des Auswärtigen Amts vom Februar 1997 nicht die tatsächliche Verfolgungslage, wohl aber die asylpolitische Schlußfolgerung geändert hat?

24. Abgeordnete
**Amke
Dietert-Scheuer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Auskunft kann die Bundesregierung über Inhalt und Beteiligte der Gespräche zwischen deutschen Vertretern und Kurden aus dem Nordirak (KDP) in Bonn geben, und welche Art von Unterstützung können nach Auffassung der Bundesregierung die kurdischen Parteien aus dem Nordirak bei dem Versuch leisten, den Fluchtweg aus dem Nordirak zu beschränken, das Schlepperwesen zu bekämpfen bzw. die Rückübernahme von Abgeschobenen sicherzustellen?

25. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Bewertet die Bundesregierung die illegale Einreise nach Deutschland von Personen, die in Italien aufgegriffen worden sind und denen dort die faktische Möglichkeit gegeben wird, in andere Länder der Europäischen Union weiterzureisen (FAZ vom 5. November 1997), als eine Sonderlage, die nach dem Schengener Abkommen eine zeitlich begrenzte Wiederaufnahme von Grenzpersonenkontrollen erlaubt?
26. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in gesonderten Gesprächen mit der italienischen Regierung in dieser Problematik eine dauerhafte Sachlösung zu erreichen, oder mit welchen anderen Maßnahmen wird die Bundesregierung die illegale Einreise von Personen nach Deutschland auf dem beschriebenen Weg verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD)
- Ist der Bundesminister der Finanzen bereit, Einsparungen bzw. Steuermehreinnahmen, die sich aus einer eventuellen Bindung von Leistungen aus dem Familienleistungsausgleich für studierende Kinder an BAföG-Kriterien ergeben, für eine Verbesserung der Ausbildungsförderung (sog. Bayern-Modell, Sockelmodelle) zur Verfügung zu stellen? *)
28. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe wurden Aufbautitel Ost von der ersten Haushaltssperre vom Juni 1997 betroffen?
29. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe werden Aufbautitel Ost von der zweiten Haushaltssperre vom November 1997 betroffen?

*) s. hierzu auch Frage 13

30. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Steht die Bundesregierung weiterhin uneingeschränkt zu den auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage vorgenommenen Enteignungen in der SBZ in den Jahren 1945 bis 1949, und wird sie die darauf basierenden Regelungen im Einigungsvertrag, im Vermögensgesetz, im Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und in der Flächenerwerbsverordnung weiterhin konsequent umsetzen und die diesbezüglichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nach Sinn und Wortlaut beachten?
31. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Hacker**
(SPD)
- Welche Auswirkungen treten nach Auffassung der Bundesregierung ein, wenn die Rechtsbeständigkeit der in Frage 30 genannten Enteignungen durch Veränderung
- des § 1 Abs. 8 Buchstabe a des Vermögensgesetzes und
 - der Regelungen des EALG über Ausgleichsregelungen zugunsten der Alteigentümer
- aufgehoben und damit das Gesamtsystem der Ausgleichsregelungen für Kriegseinwirkungen und Kriegsfolgen politisch, ökonomisch und juristisch in Frage gestellt wird, insbesondere auch hinsichtlich der unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung dann zwangsläufig zu erwartenden erneuten Forderungen weiterer Betroffengruppen (Heimatvertrieben, Bombengeschädigte usw.)?
32. Abgeordneter
**Dr. Gerald
Thalheim**
(SPD)
- Wie im einzelnen will die Bundesregierung die Unsicherheiten in den landwirtschaftlichen Unternehmen der neuen Länder beseitigen und eine Gefährdung dieser Unternehmen verhindern, die durch die Verzögerungen bei der Umsetzung des Flächenerwerbsprogramms bisher entstanden sind und die durch die jüngsten politisch initiierten Diskussionen um die Rückgabe der Bodenreformflächen an Alteigentümer zusätzlich für Unsicherheit gesorgt haben?
33. Abgeordneter
**Dr. Gerald
Thalheim**
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung tun, um das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) einschließlich der Flächenerwerbsverordnung nunmehr schnellstmöglich umzusetzen?

Bonn, den 7. November 1997

